



#dieschmidt

der newsletter

08.06.2018

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

Am Montag hatten wir im Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Anhörung zur Überarbeitung der Sanktionen im Rahmen von Hartz IV. Unsere Position ist klar. Im Zentrum müssen die Bedürfnisse und Interessen der Arbeitslosen stehen. Deswegen wollen wir unter anderem durch den sozialen Arbeitsmarkt die Instrumente und Möglichkeiten der Unterstützung für soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration verbessern. Sanktioniert werden darf nur, was gemeinsam vereinbart worden ist. Eine schärfere Sanktionierung von jungen Menschen lehnen wir ab. ([hier weiterlesen](#))

Mit dem geplanten Familientlastungsgesetz von Olaf Scholz und den Plänen von Hubertus Heil für die Arbeitslosenversicherung und die Bundesagentur für Arbeit haben unsere Bundesminister einige gute Projekte auf den Weg gebracht. Im Finanzministerium arbeitet Olaf Scholz an der Erhöhung des Kindergeldes in einem ersten Schritt ab Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat gepaart mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. Gleichzeitig soll auch der Grundfreibetrag erhöht werden. Denn wenn das Steuersystem nicht an die Inflation angepasst wird, kann es passieren, dass am Ende des Monats trotz Gehaltserhöhung weniger Geld auf dem Konto ist. Diese sogenannte kalte Progression wollen wir mit der Erhöhung des Grundfreibetrages ausgleichen. Zusammen mit den im Rahmen der Qualifizierungsoffensive (s.u.) von Hubertus Heil vorgestellten Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge entlasten wir Beschäftigte und vor allem Familien mit Kinder ab 2019 finanziell. Damit das Einkommen nicht durch steigende Mieten aufgeessen wird, hat Katarina Barley diese Woche ihren Gesetzentwurf zur Stärkung des Mietrechts in die Ressortabstimmungen gegeben. Mit der Weiterentwicklung der Mietpreibremse und der Begrenzung von Mieterhöhungen nach Modernisierung schützen wir Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mietsteigerungen.

Meine Arbeit in Berlin umfasst auch Termine außerhalb des Bundestages. Am Mittwoch war ich als Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe auf dem Frühlingsempfang der United Leaders Association in der chinesischen Botschaft. Es war ein guter Anlass über Trennendes und Gemeinsames zwischen China und Deutschland zu reden. Eine weitere schöne Unterbrechung des Parlamentsbetriebes sind die regelmäßigen Besuche von Schulklassen aus dem Wahlkreis. Diese Woche waren Schülerinnen und Schüler von drei verschiedenen Schulen – der Westerwaldschule in Driedorf, der Fritz-Philippi-Schule in Breitscheid und der Lahntalschule in Lahnau – zu Besuch. Ich freue mich immer sehr über den Austausch mit den Schülerinnen und Schülern – ob im Wahlkreis bei meinen Schulbesuchen oder in Berlin auf Klassenfahrten. Wer behauptet, junge Menschen wären unpolitisch, der sollte an den spannenden Diskussionen die wir haben, teilnehmen!



Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Krankenversicherung

Zusatzbeiträge neu geregelt



Bislang zahlen Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer rund 1% ihres Bruttoeinkommens als Zusatzbeitrag an die Krankenversicherung. Gerecht ist aber, wenn auch der Zusatzbeitrag von beiden Seiten getragen wird. Ab dem 01. Januar 2019 wird dieser nun wieder zur Hälfte von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und zur Hälfte von den Beschäftigten getragen. Das bedeutet eine Entlastung von rund sechs Milliarden Euro, von der auch Rentnerinnen und Rentner profitieren werden, denn ihr Zusatzbeitrag wird dann zur Hälfte von der Deutschen Rentenversicherung übernommen. Künftige Kostensteigerungen werden so auch nicht mehr zu Lasten der Versicherten gehen, sondern solidarisch verteilt.

„Eine-für-alle-Klage“

Musterfeststellungsklage kommt



Heute hat der Bundestag den von der Koalition beschlossenen Gesetzentwurf zur Einführung der „Eine-für-alle-Klage“ beraten. Die „Eine-für-alle-Klage“ ist ein Meilenstein für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland. Mit dem Gesetz eröffnen wir Betroffenen einen schnellen, effektiven und kostengünstigen Weg, ihre Rechte gegen Konzerne vor Gericht geltend zu machen. Denn dann muss nur noch eine Verbraucherin oder ein Verbraucher klagen, um die Rechte aller anderen Geschädigten auch zu vertreten. Darauf warten viele Betroffene – zum Beispiel die Geschädigten des Dieselskandals. Damit sie von der „Eine-für-alle-Klage“ schnell Gebrauch machen können bevor Ansprüche verjähren, soll das Gesetz zum 01. November 2018 in Kraft treten.

Sozialer Arbeitsmarkt

Gute Nachricht für Langzeitarbeitslose



Mit vier Milliarden Euro sollen Menschen, die lange arbeitslos waren, wieder in die Beschäftigung kommen und so gesellschaftliche Teilhabe erfahren. Die Ressortabstimmungen zur Umsetzung eines Sozialen Arbeitsmarktes wurden jetzt eingeleitet.

Viele Langzeitarbeitslose profitieren nicht in ausreichendem Maße von der guten Entwicklung des Arbeitsmarktes. Viele von ihnen haben ohne besondere Förderung absehbar keine realistische Chance auf Beschäftigung. Häufig kommen Schulden, familiäre Probleme oder Suchterkrankungen hinzu. Teilhabe am Arbeitsleben ist für sie nur mit intensiver Betreuung, individueller Beratung und einer wirksamen ganz individuell ausgerichteten Förderung möglich. Das ist eine große Aufgabe, die wir jetzt angehen.

Qualifizierungsoffensive

Sicherheit im Wandel



Die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland ist so gut, wie schon lange nicht mehr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat einen historischen Rekordwert erreicht und gleichzeitig ist die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr hoch. Der Erfolg kommt aber immer noch nicht bei allen an. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die trotz hoher persönlicher Anstrengungen schon lange vergeblich nach Arbeit suchen. [...weiterlesen](#)

Abmahnwesen

Grundlegende Änderungen sind nötig



Der aktuelle Vorstoß der Unionsfraktionen, die DSGVO-Abmahngebühren zeitweise auszusetzen, ist ein populistischer Schnellschuss und der Versuch, mit einer Placebo-Lösung auf der Welle der Berichterstattung zur Datenschutzgrundverordnung mitzureiten. Im Koalitionsvertrag wurde auf unser Drängen hin die Überarbeitung des gesamten Abmahnwesens verankert. Wir brauchen eine grundlegende Regelung, um Abmahnungen als Geschäftsmodell zu unterbinden. [...weiterlesen](#)

Demokratie leben!

Bundesprogramm verlängert



Mit der lokalen Partnerschaft für Demokratie Wetzlar | Lahn-Dill-Kreis werden hier vor Ort mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Projekte gefördert, die sich für demokratische Partizipation junger Menschen und gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Radikalismus einsetzen. Ein wichtiges Projekt ist zum Beispiel die regelmäßig stattfindende Demokratiekonferenz, die als Vernetzungstreffen für alle Projektpartnerinnen und Projektpartner dient und am 19. Juni das nächste Mal stattfindet.

[...weiterlesen](#)